

„Es gibt nichts Gutes, außer man tut es“, reimte schon Erich Kästner.
Der Politik der Gegenwart fehlt es weder an Wissen, noch an guter Absicht.
Sie schafft den Schritt zur Tat nicht.

Die Tugend der Konfrontation

10. Januar 2002, Gerd Held

Konfrontation kann lebensnotwendig sein. Hätte man in Afghanistan den Terroristen das Feld überlassen, hätten sie eine wichtige moralische Ressource besetzen können: die Opferbereitschaft für die eigene Sache. Gegenüber dem Bild vom feigen, reichen Westen hätte sich der Fundamentalismus als mutig hinstellen können. Es ist anders gekommen, und dies verdanken wir auch dem Mut, eine Bewährungsprobe einzugehen, deren Ergebnis nicht von vornherein klar war. Die Lösung lag hier nicht in einer weitverzweigten Reflexion über die Ursachen des Terrorismus, sondern im Eingehen eines Kampfes, die den Einsatz ziviler Güter, Sicherheiten und des eigenen Lebens der Bürger verlangte. Die List der Vernunft kam um die einfache Unterscheidung zwischen Gut und Böse nicht herum. Verantwortungsethik musste zur Einsatzethik werden.

Konfrontation als Suchverfahren

Es gibt noch mehr Anlass, über die Bedeutung der Konfrontation nachzudenken. Auch in modernen Republiken können sinnvolle Normen nicht allein durch die Überzeugungskraft von Argumenten errichtet werden. Das richtige Maß wird am Ende des Tages nur dann gefunden, wenn Bürger es zu setzen versuchen und sich dem Druck von Feinden aussetzen. Nur so können sie die Realitätstüchtigkeit von Normen auf die Probe stellen. Nicht nur die Konkurrenz, sondern auch die Konfrontation ist ein Suchprinzip. Damit wird nicht der Krieg zum Vater aller Dinge erklärt, wohl aber ein Handeln, dass sich verwundbar macht und bereit ist, etwas zu opfern.

Im gleichen Zug wird eine andere normative Idee, die für die politische Kultur der Bundesrepublik bedeutsam ist, fragwürdig: die Idee der „Zivilgesellschaft“, die gegenüber den Härten von Markt und Staat als die zwanglosere und deshalb wertvollere Veranstaltung verstanden wird. Jedenfalls häufen sich seit längerer Zeit die Fälle, in denen es nicht an guten Argumenten fehlt, sondern an der Bereitschaft zur Durchsetzung des als richtig Erkannten. Der letzte, aber größte Trumpf aller Reformblockierer ist jener Appell an den Opportunismus, der mit den unerträglichen Kosten eines ausgetragenen Kampfes droht.

Eine Reform des schrumpfenden deutschen Hochlohn-Arbeitsmarktes scheitert nicht am Fehlen von Argumenten oder von ausländischen Vorbildern, sondern an der Tatsache, dass es ohne einen großen, exemplarischen Arbeitskampf, bei dem die Hochlöhner und Hohertragsbetriebe auf ihre reale Bedeutung zurückgeführt werden, nicht gehen wird. Man stelle sich vor, es ist Arbeitskampf und die Bürger zeigen, dass sie monatelang den Kollateralschäden

trotzen können. Da würde die politische Kultur im Lande eine ganze neue, weniger angstvolle Note bekommen. Denn in einem solchen Konflikt kann niemand im Voraus das richtige neue Maß kennen, in dem ertragsstarke und –schwache Unternehmen, Kernmärkte und Hilfsmärkte zueinanderstehen. Niemand kann im Voraus dekretieren, welche Einkommen nicht mehr menschenwürdig sind, und welche Unterschiede nicht mehr sozialverträglich sind. Ein solches „im Voraus“ wäre immer ein Moment, wo die Angst oder der Leichtsinn regiert.

Sicher ist, dass ein größerer Arbeitsmarkt nur dann entsteht, wenn ein erheblicher Teil der Bürger sich auf niedrigere Erträge einstellt. Was ein tätiges, aber härteres Leben den Bürgern wirklich wert ist, kann nur in einer Realitätsprobe herausgefunden werden. Eine solche Probe wäre ein Arbeitskampf, der nicht schon im Vorfeld um jeden Preis weggeschlichtet wird, weil man das Problem lieber in die Zukunft verschiebt als jetzt eine Konfrontation auf sich zu nehmen. Aber dies Suchverfahren der Konfrontation findet nicht statt, weil der Bluff des Unzumutbaren es verhindert: Unzumutbar ist immer das Gegenwärtige, das unmittelbar Bevorstehende – nie das Zukünftige. So werden die Bürger davon abgehalten, ihre eigene Bilanz zwischen Opfer und Gewinn zu ziehen. Und das Land kommt so weit, dass es sich nicht mehr auf die Probe stellen kann, sondern gehorsam an runden Tischen sitzt und eingeschüchtert zwischen Drohkulissen lebt.

Eine Konfrontation kann eine befreiende Wirkung haben. Sie ist eine liberale Tugend. Es ist schon fast vergessen, dass die Erneuerung Großbritanniens durch die Regierung Thatcher als markanten Punkt einen Arbeitskampf im Bergbau hatte. Die Auseinandersetzung mit Streiks und Aussperrung wurde nicht geschlichtet, sondern dauerte vom März 1984 bis zum März 1985, fast ein ganzes Jahr. Sie wurde mit hohen opfern an Geld, Zeit, Gewohnheiten und etablierten Beziehungen ausgetragen. Wäre es nach den Arbeitern und Industriellen der Branche gegangen, hätte man zur Schlichtung tendiert – mit Auslagerung der Kosten auf Dritte (insbesondere auf den Steuerzahler). Aber der Rest der Gesellschaft, auch der lohnarbeitende Teil, verweigerte diese Lösung und nahm in Kauf, dass die Streikfolgen auch über die Branche hinaus spürbar waren. So trug das ganze Land den Kampf staatsbürgerlich mit aus. Danach war nicht nur eine Anpassung an die veränderten Bedingungen des Bergbaus in Großbritannien möglich, sondern auch der Arbeitsmarkt insgesamt war ein Stück offener. Davon profitierte am Ende auch New Labour.

Über den Mut im bürgerlichen Sinn

Mut ist eine zentrale moralische Ressource moderner Republiken. So sah es Alexis de Tocqueville, als er im 19. Jahrhundert versuchte, die moderne Politik am Beispiel der jungen Vereinigten Staaten zu verstehen. Er präziserte dabei: Nicht der Mut zum kriegerischen Duell werde hier am höchsten geachtet, sondern der Mut, „der Wut des Ozeans zu trotzen, um schnellstens im Hafen zu sein, die Nöte der Wüste ohne Klagen zu erdulden und die Einsamkeit, die grausamer ist als alles Elend“. Tocqueville unterschied den bürgerlichen Mut, der sich in der Auseinandersetzung mit der Welt bewährt, vom aristokratischen, auf die persönliche Ehre bezogenen Mut. Die „Wut des Ozeans“ oder die „Nöte der Wüste“ stehen für schwierige, unübersichtliche Bedingungen, die den Bürgern mehr abverlangen als den geschickten Einsatz technischer Mittel. Die List der Vernunft, die im technischen Instrument Naturkraft gegen Naturkraft ausspielt und sich dabei gleichsam zurücklehnen kann, hilft da nicht weiter. Bürgerhandeln bekommt damit eine moralische Qualität und diese liegt in der Konfrontation mit einer Welt, die den Selbsteinsatz fordert.

Deshalb feiert Tocqueville an Amerika auch nicht die Ellenbogengesellschaft, sondern die Fähigkeit Unsicherheit und Verlust zu ertragen zu ertragen. Entscheidend sei der Mut, „der für den plötzlichen Zusammenbruch eines mühevoll erworbenen Vermögens Unempfindlichkeit verleiht und neue Kraft gibt, wieder von vorne anzufangen“. Wo der Mensch immer wieder in neue Bereiche vorstößt, in denen die Sicherheit von Besitz (und auch von Bildung) entwertet wird, kann nicht Sicherheit der höchste Bürgerwert sein.

Tocqueville lobt den Mut, eine Konkurrenz einzugehen, deren Ausgang ungewiss ist. Der Mut hat nicht den Zweck, das Recht des Stärkeren durchzusetzen, damit endlich Ruhe ist. Er setzt dem aristokratischen Mut zum Duell nicht einfach den Frieden entgegen, sondern eine Erweiterung der Konfrontationsfelder. Wirtschaft und Politik der Moderne stellen die Konfrontation auf Dauer. Auch das mäßigende Prinzip der Teilung und Begrenzung von Macht bildet nur die Kehrseite eines recht maßlosen staatsbürgerlichen Zustands: Die Konfrontation mit immer neuen Bedingungen ist erste Bürgerpflicht. Sie sucht nicht die Überlegenheit, sondern – wie im Sport – die immer wieder neue Herausforderung.

In diesem Sinn kann man auch die Beziehung von Herr und Knecht im Sinne von Hegel deuten, wobei der „Herr“ den aristokratischen und der „Knecht“ den bürgerlichen Mut repräsentiert. Hegel lässt den Herrn mutig eine Konfrontation „auf Leben und Tod“ eingehen, aus dem dieser entweder als Herr bestätigt wird oder den Tod erleidet. Der Knecht hingegen weicht diesem Kampf aus und muss daher das Knechtselement Arbeit übernehmen. Da er so aber mit einer gegenständlichen Welt in Berührung kommt, eröffnet sich ihm ein viel weiteres Feld. Er überschreitet den Horizont des Herren, der auf das intersubjektive Duell fixiert ist. Diese Logik geht allerdings nur auf, wenn man die Berührung des Knechts mit der gegenständlichen Welt – also die bürgerliche Leistung und Arbeit – auch als Konfrontation versteht, als offene Auseinandersetzung. Wäre der Knecht nur ein Ausweichender, würde er auch in der Berührung mit der gegenständlichen Welt nicht weiterkommen, sondern sich auf die bequemeren Plätze zurückziehen. Er hätte keine Moral, die ihn die Widrigkeiten und Belastungen der äußeren Welt (Tocquevilles „Ozean“) aushalten und überwinden lässt. Er würde nicht nur sinnlose Duelle vermeiden, sondern auch fruchtbare Konfrontationen.

Die Aussicht auf materielle Vorteile, also der Anreiz eines Nutzens, kann die Tugend der Konfrontation nicht ersetzen. Jedenfalls nicht auf Dauer. In den berühmten Abenteuern von Don Quijote ist nicht nur der Herr eine armselige Gestalt, sondern auch sein Diener Sancho Pansa kommt aus dessen Bannkreis nicht heraus. Er bleibt nur deshalb bei der Stange, weil sein Herr ihm eine Insel in Aussicht gestellt hat, auf der er sich nach bestandenen Abenteuern zur Ruhe setzen kann. Solche Motive halten nicht, wenn es darum geht, sich auf Dauer auf schwierigeres Gelände einzulassen, wo der größere Mut nicht mit einem größeren Ertrag vergolten wird. Genau von dieser Art sind aber die Herausforderungen unserer Zeit, in der man für Erweiterungen der bürgerlichen Welt nur noch schwierigeren Boden zur Verfügung hat. Die Ausdehnung des Niedriglohnssektors und der Aufstieg der „harten“ Schwellenländer sind deshalb echte Schlüsselerfahrungen und Prüfsteine dieser Epoche. Doch zeigt sich, dass die hochentwickelten Länder der Gegenwart – besonders in Europa - auf diese Situation schlecht vorbereitet sind und die Tugend der Konfrontation ihnen fremd geworden ist.

Konfrontation als politische Tugend

Das gilt auch für die politische Sphäre. Insbesondere in Deutschland ist die „Zivilgesellschaft“ zu einem universellen Lösungsmittel geworden, das gegenüber dem Staat und der pro-saisch-harten Herrschaft der Gesetze eine mildere Lösung verspricht. Wiederum geht es um

die Vermeidung von Konfrontation. Ein Staat, dem prinzipiell misstraut wird, soll nicht durch eine freimütigere und auseinandersetzungsfreudige Öffentlichkeit herausgefordert werden, sondern er soll entwaffnet werden und zentrale Hoheitsrechte geschliffen werden. Der Politik wird vorgehalten, dass sie streitet, und dem wird eine Zivilgesellschaft entgegengestellt, die alles im Konsens am runden Tisch regelt. Wo sie zum Surrogat wird, zum Ersatzstaat, wird jede Situation unerträglich und zum Tabu, wo eine allgemeinverbindliche Norm durchgesetzt werden soll, die nicht die Zustimmung aller findet und die entsprechend gegen sie durchgesetzt werden müsste. Dabei kann die Insel der Zivilgesellschaft in den Besitzständen vormoderne Bürgerexistenzen gesucht werden oder im kommunikativen Ideal einer zwangslosen Dialogsituation.

Dem Zivilbürger ist seine Rolle als Staatsbürger im Grunde fremd. Er beansprucht nicht, das Staatswesen zu gestalten. Er ist nicht Partei in der Politik, sondern Partei jenseits der Politik, was bisweilen zum Phänomen des Nöhlens über „die Politik“ führt. In der Praxis ist er meistens in der Rolle des Bremsers. Stark tritt er dort auf, wo er die Ansprüche, Projekte und Vorhaben anderer „hinterfragt“, mit Ergänzungen belastet oder zunichte macht. Auch das, was längst geklärt ist, wird in immer neue Warteschleifen geschickt. Ist ein neues Recht auf Bürgerbeteiligung installiert, führt das nicht etwa zu mehr Zustimmung, sondern zu neuen Ansprüche, zu neuem Missmut und zu Forderungen nach weiteren Beteiligungsrechten.

So wird die Konfrontation unterschiedlicher politischer Lösungen ersetzt durch eine prinzipielle und inhaltsleere Blockade zwischen Gesellschaft und Staat. Statt einer Eskalation der Gegensätze produziert man eine Eskalation der Umwege. Eine zum Staatsersatz überhöhte und damit völlig überforderte Zivilgesellschaft wird zum Labyrinth, das am Ende jegliche Initiative lähmt und Freiheit aller zerstört.

Auch historisch betrachtet ist eine Überhöhung der Rolle der *Civil Society* nicht angebracht. Sie bildet ein Provisorium in der Herausbildung des modernen Staatswesens. Sie bildete ein Widerlager gegen die vormoderne Herrschaft, aber sie musste sich erst staatsbürgerlich umformieren, um wirklich republikfähig zu werden. Sie ermöglichte ein Standhalten und eine Kräftesammlung – und das zeigte sich erneut in bestimmten Phasen des Umwälzungsprozesses der totalitären Regime in Osteuropa. Aber sie zeigte auch eine prinzipielle Schwäche, wo es darum ging, diese Länder weiter zu führen. Die Zivilgesellschaft verkörperte immer nur einen Teil der Bevölkerung. Ihre Teilnahmevoraussetzungen waren für die Alltagserfahrungen vieler Bürger zu anspruchsvoll, ihr Arbeitsweise war für die anstehende Aufgaben und den Gestaltungsehrgeiz zu unbestimmt und zögernd. Die Zivilgesellschaft wurde in doppelter Hinsicht überholt. Bisweilen kam es sogar zu einem merkwürdigen Positionswechsel: Ehemalige Kommunisten entdeckten auf einmal ihre Liebe für die Zivilgesellschaft, die sie nun als Gegenmacht gegen die neue Dynamik der Märkte und Staaten sahen und entsprechend als Opposition in Stellung zu bringen versuchten.

Umso wichtiger ist es heute, den konfrontativen Gehalt der Moderne verständlich zu machen. Unser Zivilisationsstand ist das Ergebnis von Auseinandersetzungen, in denen immer wieder der Bluff des Unzumutbaren und die Herrschaft des Konsenses einseitig angegriffen und durchbrochen wurde. Offene Märkte und pluralistische Republiken sind aus dem Mut entstanden, sicheres Terrain hinter sich zu lassen. Die maßvolle, unpathetische Architektur moderner Institutionen ist entstanden, weil sie den „clash“ der Konfrontation tragen und verstetigen können. Bei einem schlichten Nebeneinander oder einem Miteinander ohne Zumutungen wäre unsere Welt klein geblieben. Insofern ist auch der „Zusammenstoß der Kulturen“ kein Unwort, sondern zukunftsfähiger und fruchtbarer als der viel beschworene „Dialog“.

(Manuskript vom 10.1.2002, erschienen in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung am 24.2.2002 unter der Überschrift „Streit muss sein“)